



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 3. Oktober 2022 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Obergerichtes gewählt ([KR-Nr. 308/2022](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der ein Bürger aus Uster gefordert hatte, dass die Ausrichtung finanzieller Zuwendungen an Religionsgemeinschaften durch den Kanton davon abhängig gemacht wird, ob die betreffenden Religionsgemeinschaften die Europäische Menschenrechtskonvention und die Grundrechte der Bundesverfassung strikte einhalten ([KR-Nr. 166/2022](#)). 60 Stimmen wären für die Unterstützung nötig gewesen.

Mit 60 Stimmen hat der Kantonsrat ganz knapp eine Einzelinitiative eines Bürgers aus Dübendorf unterstützt, mit der gefordert wird, die Steuerpflicht für Einspeisevergütungen sei im Gesetz zu streichen ([KR-Nr. 167/2022](#)). Die Initiative wird nun dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der ein Bürger aus Uster gefordert hatte, der Kanton solle mit einer Standesinitiative beim Bund fordern, dass religiöse Gemeinschaften verpflichtet werden, für den Rückbau von Kirchengebäuden finanzielle Mittel bereitzustellen ([KR-Nr. 168/2022](#)). 60 Stimmen wären für die Unterstützung nötig gewesen.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 3. Oktober 2022 (Nachmittag)

Nach der Niederlage an der Urne hat der Kantonsrat einen zweiten Anlauf für ein Wassergesetz genommen. Neu ist vor allem ein explizites Privatisierungsverbot der Wasserversorgung. Diesem hat der Rat in erster Lesung zugestimmt ([5596](#)). Nun geht das Geschäft an die Redaktionskommission zur Vorbereitung der zweiten Lesung. Die mögliche Privatisierung war im Jahr 2019 ausschlaggebend dafür, dass das Volk das erste Wassergesetz bachab schickte.

Der Kantonsrat hat mit 82 zu 70 Stimmen eine Motion von SVP, FDP, Mitte und EVP an den Regierungsrat überwiesen, mit der eine Revision des Denkmalschutzgesetzes gefordert wird, die öffentliche Interessen wie Verdichtung, Wachstum und energetische Sanierungen stärker berücksichtigen soll ([KR-Nr. 153/2020](#)). Die Regierung hat nun zwei Jahre Zeit für Bericht und Antrag.

(sda)